

lungsländer und der Größe des betroffenen Personenkreises sehr begrenzt bleiben.

China und Indien, die zwei bevölkerungsreichsten Staaten, haben seit geraumer Zeit eine aktive Politik der Familienplanung mit dem Ziel, das Bevölkerungswachstum zu stoppen. In China soll zudem die Bevölkerung bis zum Jahre 2050 oder 2070 auf 650 bis 700 Millionen zurückgeführt werden. Die indische Premierministerin Indira Gandhi und der für die Staatliche Familienplanungskommission der Volksrepublik China verantwortliche Minister Dr. Qian Xinzong haben für diese rationale Bevölkerungspolitik den 1983 erstmals verliehenen »Preis der Vereinten Nationen für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Bevölkerungsfragen« erhalten. In beiden Staaten hat diese Politik verschiedene Phasen durchlaufen, in denen positive und negative Erfahrungen gemacht wurden.

Indien begann früher, die Zweikinderfamilie zu propagieren; unter Sanjay Gandhi wurden materielle Anreize an die ausführenden Beamten gegeben und Zwangsmaßnahmen angewandt. Das half nur den Gegnern der Familienplanung und trug bei zum vorübergehenden Machtverlust von Indira Gandhi. Gegenwärtig gilt wieder das Prinzip völliger Freiwilligkeit und positiver Maßnahmen (Familienwohlfahrt). In China nimmt die neue Bevölkerungspolitik die Linie vor dem »Maoismus«, d.h. aus dem Anfang der Volksrepublik, wieder auf und propagiert jetzt späte Heirat und die Einkindfamilie. Die Regierung bekennt sich zur völligen Freiwilligkeit, zur vollen Information und stellt alle Hilfsmittel kostenlos zur Verfügung. Sie mahnt alle Funktionäre, dieses Prinzip einzuhalten. Vorläufig hat man den Eindruck, daß die veränderten sozio-ökonomischen Verhältnisse der Volksrepublik China günstigere Rahmenbedingungen für einen Erfolg der aktiven Bevölkerungspolitik geschaffen haben als die verfestigte Sozialordnung Indiens.

Die Vereinten Nationen haben ein eigenes Spezialorgan für Bevölkerungspolitik geschaffen, den UNFPA; der aus freiwilligen Leistungen gespeiste Fonds steht in enger Beziehung zum UNDP, dem Entwicklungsprogramm der Weltorganisation. Wie alle internationale Einrichtungen ist diese erwünscht und nützlich. Aber in ihrer Abhängigkeit von 158 UN-Mitgliedstaaten müssen ihre Aktivitäten auf die Wünsche, Interessen, Politiken, Empfindsamkeiten aller Regierungen Rücksicht nehmen. Nur insoweit diese so fortschrittlich sind, daß sie das Bevölkerungswachstum begrenzen oder stoppen wollen, kann der UNFPA helfend eingreifen. Seine Ziele müssen sehr allgemein, vorsichtig, inhaltsneutral formuliert werden:

»Entwicklungsländer auf deren Wunsch bei ihren Bevölkerungsproblemen zu unterstützen in den Formen und mit den Mitteln, die den Landesbedürfnissen am besten entsprechen. Der Fonds fördert keine bestimmte Politik oder bestimmten Zugang bei der Behandlung von Bevölkerungsproblemen, sondern handelt auf Verlangen von Regierungen bei entsprechender Beachtung der nationalen Souveränität und kultureller und sozialer Verhaltensweisen.«

(UNFPA, what it is, what it does, New York o.J.)

Die bevölkerungspolitische Einstellung der Regierungen aber ist schwerlich auf einen Nenner zu bringen. So verteilen sich die 51 afrikanischen Regierungen hinsichtlich des Zugangs zu modernen Methoden der Geburtenkontrolle wie folgt:

Zugang nicht gestattet	5
Zugang nicht von der Regierung unterstützt	11
Zugang von der Regierung indirekt unterstützt	10
Zugang von der Regierung direkt unterstützt	25

Ein knappes Drittel ist also negativ eingestellt und verwehrt faktisch den Massen der armen Bevölkerung den Zugang zur individuellen Familienplanung.

Wo aber Regierungen in der Bevölkerungspolitik national und international Verantwortungsbewußtsein zeigen, hilft der UNFPA auf verschiedenen Wegen: etwa bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Volkszählung oder bei Erziehungsmaßnahmen. Er unterstützt nationale Familienplanungsorganisationen und Regierungsprogramme sowie die demographische Forschung. Aus politischen und finanziellen Gründen kann das aber nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Dabei arbeitet der UNFPA mit UN-Sonderorganisationen und -Son-

UNESCO keine Aktiengesellschaft

Die in der Mainmetropole erscheinende »Zeitung für Deutschland« informierte ihre Leser falsch. Im Zusammenhang mit dem zum Jahresende 1984 angekündigten Austritt der Vereinigten Staaten aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) erweckte sie am 30. Dezember 1983 den Eindruck, der Jahreshaushalt der UNESCO belaufe sich auf 374,4 Millionen Dollar, nach einer Erhöhung von 5 vH auf der letzten Generalkonferenz im November gegen die einzige Stimme der USA. Wenn man sich nicht auf das Weltblatt »The New York Times« als notorisch unzuverlässige Informationsquelle über die UNESCO verläßt, kann man wissen: es ist die Budgetsumme für zwei Jahre.

Deutschen Lesern wurde bisher vorenthalten, daß mittlerweile 161 Regierungen die internationale Zusammenarbeit zur Förderung der universalen Achtung von Gerechtigkeit, Herrschaft des Rechts, Menschenrechten und Grundfreiheiten mittels der UNESCO jahrzehntelang so viel wert war wie einem Teil der Bundesdeutschen der Südwestfunk.

Die »Frankfurter Allgemeine« informiert ihre Leser des weiteren falsch mit der Behauptung, Israel sei 1974 aus der UNESCO ausgeschlossen, zwei Jahre später auf westlichen Druck hin aber wieder zugelassen worden. Man kann mit Gründen den UNESCO-Sanktionen gegen Israel von 1974 und der damals beschlossenen Ablehnung, Israel in die europäische Regionalgruppe der UNESCO aufzunehmen, widersprechen — doch nie ist Israel ausgeschlossen worden.

Wehe, wenn die UNESCO derartige Falsch-Informations-Macht systematisch untersucht: sie muß darauf gefaßt sein, daß eine der größten deutschen Zeitungen das UNESCO-Projekt einer Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung »kriminell« nennt »zum erklärten Zweck der Beseitigung der Informationsfreiheit in der Welt«. Eine sachliche und umfassende Darstellung dieses Projekts haben deutsche Presseleser noch nie lesen dürfen. Es war ein Kardinalfehler der Regierungen in der UNESCO, 16 Millionen Dollar von den 374 Zweijahres-Millionen der Organisation und 83 von ihren 2 716 Angestellten den Problemen der Kommunikation zu widmen — seitdem werden 95 Prozent ihrer sonstigen Aktivitäten von unseren Medien unter den Teppich gekehrt, die sich durch eine Verschwörung der mit der Dritten Welt im Bunde befindlichen Sowjetunion angegriffen sehen. Bücher in 70 Sprachen, tausende von Kulturprojekten, Lehrerbildung, Alphabetisierung, Bewässerungssysteme, Bewahrung von Kulturdenkmälern — alles unwichtig.

Die USA zahlen ein Viertel des UNESCO-Haushalts, weil dies ihrem gesellschaftlichen Reichtum und ihrer materiellen Leistungsfähigkeit entspricht. Aber in der UNESCO haben sie — anders als im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen — kein Vetorecht. Die Reagan-Regierung kann den Grundsatz innerlich nicht akzeptieren, daß die Weltorganisation keine Aktiengesellschaft ist, sondern auch in den meisten ihrer Gliederungen und Sonderorganisationen ein Parlament gleichberechtigter Regierungen. Die gegenwärtige amerikanische Regierung nimmt die UNESCO nicht ernst, weil sie allüberall Ost-West-Konflikte vermutet, die Entwicklungsländer im Schlepptau der Sowjetunion sieht (und sie damit zuweilen dorthin treibt, obwohl es sich in Wirklichkeit meist um West-Süd-Konflikte handelt, die sich der Osten nur billig zunutze macht).

Es entbehrt jeder realistischen politischen Logik, daß die Amerikaner die UNESCO in einer Phase verlassen wollen, da — im letzten November — erstmals seit Jahren der bittere ideologische Streit über Pressefreiheit abgeflaut und einmütig ein Zweijahresprogramm von UNESCO-Studien über Weltkommunikationsprobleme beschlossen worden ist, Ergebnis zäher Kleinarbeit nicht zuletzt der Bonner Diplomatie.

Die amerikanischen Regierungsvertreter haben die Chancen, ihre Positionen ins Konsensverfahren einzubringen (in dem ja die meisten der angefeindeten Deklarationen beschlossen worden sind), nicht hinreichend genutzt, in politischer Weltvereinfachung die Folgen für ihre eigene Wissenschaft übersehen: ihre Ozeanographen, Klimaforscher und Geologen werden ein Lied davon singen, daß ihre Verluste größer sind als der verständliche Ärger einiger US-Diplomaten über eine »Politisierung«. Im Ergebnis: 50 Millionen Dollar im Jahr gespart und der Versuch, die Entwicklungswelt zu überzeugen, einfach aufgegeben.

Ansgar Skriver □